

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der Sondersitzung der staatlichen und städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 17.12.2015</p>
--

Beginn: 14.00 Uhr

Ende: 14.50 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Frau Staatsrätin Friderich
Herr Staatsrat Meyer

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Crueger
Frau Schiemann
Herr Pohlmann
Frau Sprehe
Herr Acar in Vertretung für Herrn
Hamann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Schwarz
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Frau Dr. Schaefer
Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Viering
Frau Kamp
Frau Dr. Wehlau
Herr Eickhoff
Herr Schneider

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

III Gäste

IV Gastdeputierte

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der Sondersitzung der staatlichen und der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Es gibt einen **Nachtrag TOP 3a)** Beschluss im Umlaufverfahren

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Bebauungsplan 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop -zweite öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/75 S
-------	--	--------------------

Herr Viering führt aus, dass Anlass für dieses Planverfahren der Antrag für ein Abfallzwischenlager an der Funkschneise gewesen sei. Die Entfernung zu den nächsten Wohngebäuden hätte dort etwa 80 m betragen, was eine öffentliche Debatte ausgelöst habe. In Zukunft sollen hier nur noch Gewerbebetriebe zulässig sein, die nicht auf eine Genehmigung nach dem BImSchG angewiesen seien. Alle anderen Gewerbebetriebe bleiben zulässig, damit würden auch die vorhandenen Betriebe geschützt. Im Bauleitverfahren seien weitere Fragestellungen abgearbeitet worden, u. a. schwierige Altlastenuntersuchungen, wodurch sich das Verfahren in die Länge gezogen habe. Die vorgesehene erneute Auslegung habe nichts mit dem Abfallzwischenlager zu tun, sondern resultiere aus dem Hinweis eines ansässigen Betriebes zum Maß der baulichen Nutzung.

Frau Neumeyer erklärt, dass sich die CDU-Fraktion zu diesem BPlan enthalten werde. Mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sei hier nicht korrekt umgegangen worden.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass es nicht um den Hemelinger Hafen, sondern um die Funkschneise gehe. Die Deputation habe hierzu eine Veränderungssperre beschlossen und darum gebeten, das Gebiet zu überplanen, damit sich auch in Zukunft keine nach BImSchG genehmigungsbedürftigen Betriebe ansiedeln könnten.

Herr Crueger schließt sich dem an. Hier hätten Beirat und Deputation mit gleicher Zielsetzung und gutem Erfolg gearbeitet.

Herr Pohlmann ergänzt, dass der Beirat diese Vorlage einstimmig unterstütze. Es sei ein wichtiges Signal, dass Bevölkerungsinteressen in Hemelingen ernst genommen würden.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop (Bearbeitungsstand: 30.11.2015) einschließlich Begründung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB in Verbindung mit § 4a Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen ist (zweite öffentliche Auslegung).*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) fasst den Beschluss, dass*

die Dauer der Auslegung § 4a Abs. 3 Satz 3 BauGB auf zwei Wochen verkürzt wird.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 3	Bebauungsplan 2476 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Hanna-Kunath-Straße, Flughafenallee und Flughafendamm zur Regelung der Art der baulichen Nutzung und zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen des Gewerbegebietes im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 1917 -FB 01-	Vorlage 19/78 S
-------	--	-----------------

Herr Bücking führt aus, dass es auf der einen Seite das naheliegende Interesse gebe, die Möglichkeit zu schaffen, in einem solchen Gewerbegebiet auch Flüchtlinge unterzubringen, wofür soziale Einrichtungen zulässig sein müssten. Weiter wäre die ausnahmsweise Zulässigkeit gesundheitlicher und sozialer Einrichtungen auch ein positiver Beitrag zur Entwicklung dieses Gewerbegebietes. Demgegenüber werde argumentiert, dass man zwar die Notwendigkeit sehe, Flächen für die Unterbringung von Flüchtlingen bereit zu stellen, aber man die Sorge habe, der Gebietscharakter könnte sich verändern. Das zweite Argument drehe sich um die Sorge, es könnte zu laut für Flüchtlinge werden. Das dritte und beunruhigende Argument sei, dass die Gefahr bestünde, dass die Adresse des hochwertigen Gewerbegebiets Airport Stadt Schaden nehme. Hierzu müsse die Deputation ganz klar zum Ausdruck bringen, dass soziale Einrichtungen sinnvoll und eine Bereicherung dieses Stadtteils seien. Man nehme hier maßvoll, so wie es nötig sei, Flächen in Anspruch für die Unterbringung von Flüchtlingen.

Frau Dr. Schierenbeck ergänzt, dass dies auch nicht der Adresse schade.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2476 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Hanna-Kunath-Straße, Flughafenallee und Flughafendamm zur Regelung der Art der baulichen Nutzung und zur Änderung von Festsetzungen für Teilflächen des Gewerbegebietes im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 1917 (Bearbeitungsstand: 27.11.2015).

Einstimmig

NACH-TRAG TOP 3a	Gefasster Beschluss im Umlaufverfahren	BdV mündlich
------------------	---	--------------

Die Vorlage „Ersatzbeschaffung von Straßenbahnen der BSAG - Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung“ wurde im Umlaufverfahren bei Ablehnung der Fraktionen der CDU und der FDP mehrheitlich beschlossen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 4	Förderprogramm Ökologische Regenwasserwirtschaft Verlängerung der Förderung von Maßnahmen zu Dachbegrünungen, Nutzung von Brauchwasser, Entsiegelungen und Versickerung von Regenwasser im Land Bremen - 33-	Vorlage 19/41 L
-------	--	--------------------

Herr Schneider erläutert die Inhalte der Vorlage.

Herr Imhoff fragt nach, weshalb die Förderung von Regenwassernutzungsanlagen, die in der ursprünglich verschickten Version mit der Begründung, dass sie nicht nachgefragt wurden herausgenommen worden war, nun doch wieder enthalten sei. Weiter möchte er wissen, weshalb nur noch Großwohnanlagen unterstützt werden.

Frau Dr. Schaefer antwortet, dass es Teil der Koalitionsverhandlungen gewesen sei, den Fokus auf Großwohnanlagen zu legen, dort seien auch entsprechend große Dachflächen vorhanden. Wichtig sei, nicht nur die Summe zu betrachten, die künftig für die Förderung von Dachbegrünung zur Verfügung stehe, sondern dass darüber hinaus geprüft werde, entsprechende Festsetzungen in den Bauleitplanverfahren aufzunehmen.

Herr Crueger ergänzt, dass mit den Großwohnanlagen eine neue Adressatengruppe mobilisiert werden solle. Es stehe nicht wirklich viel Geld dafür zur Verfügung, daher gehe es auch darum, für Dachbegrünung zu sensibilisieren und zu werben.

Herr Schneider berichtet, dass es zum Beispiel beim Vorhaben Neues Hulsberg-Viertel gelungen sein, Dachbegrünungen vorzusehen. Die Steuerung über die Bauleitplanung richte sich an Neubauvorhaben, während es beim Förderprogramm eher um den Bestand gehe. Die Förderung der Regenwassernutzung sei ebenfalls Ergebnis der Koalitionsverhandlungen gewesen. Diese werde zwar im privaten Bereich nicht sehr stark nachgefragt, da man aber auch hier die großen Wohnanlagen im Blick habe, sei zumindest ein erhebliches Potenzial an Trinkwassereinsparung vorhanden.

Auf die Nachfrage von **Herrn Schwarz** antwortet er, dass im letzten Jahr ca. 50-60% der Anträge auf das Dachbegrünungsprogramm entfielen, danach kommen das Entsiegelungsprogramm, die Versickerung und die Brauchwassernutzung. Insgesamt wurden etwa 50-60 Vorhaben pro Jahr gefördert. Dahinter stünden aber 200-300 Beratungen, da aus unterschiedlichen Gründen, z.B. der Versickerungsfähigkeit des Bodens, nicht alle Vorhaben umgesetzt werden könnten.

Herr Imhoff erklärt, dass sich seine Fraktion enthalten werde, da er nicht abschätzen könne, welche Auswirkungen sich durch Festsetzungen in Bauleitplanungen ergeben, wenn zeitgleich die Fördermittel gekürzt würden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Durchführung der Programmteile „Begrünung von Dächern“ bei Großwohnanlagen, „Entsiegelung von Flächen“ und „Gebäudeausstattung mit Regenwassernutzungsanlagen“ bei Neubau in den Fassungen der beigefügten Richtlinien vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2018 mit einem Mitteleinsatz von 84.000,- Euro p.a. zu.

Der Programmteil „Versickerung Niederschlagswasser“ entfällt ab 1. Januar 2016.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 5	Förderung des Projektes ‚umwelt unternehmen‘	Vorlage 19/83 L
-------	---	--------------------

Frau Dr. Wehlau erläutert die wesentlichen Inhalte der Vorlage.

Herr Crueger hält das Projekt im Grundsatz für richtig, weil es zwei Punkte zusammen bringe: Einerseits tue man etwas fürs Klima, in Anbetracht der CO₂ Bilanz in Bremen habe man da noch einiges vor sich. Zweitens sei es eine aktive Standortpolitik, eine Form von Wirtschaftsförderung, um die hiesigen Unternehmen zu stärken.

Frau Dr. Schierenbeck begrüßt, dass dieses erfolgreiche Projekt fortgeführt werde. In Bremen werde noch wenig CO₂ eingespart und gerade im Bereich der Unternehmen am wenigsten. Das Projekt habe den Ansatz, zu fördern statt zu fordern und dabei die Bremischen Förderprogramme PFAU, AUF und REN bekannter zu machen. Sie bitte darum, im Rahmen der Haushaltsaufstellung darauf zu achten, dass es diese Förderprogramme auch weiter geben werde. Auch die Bundesförderprogramme müssten in Bremen stärker wahrgenommen werden. Hier gebe es ein starkes Süd-Nord-Gefälle, im Süden der Republik würden die Förderprogramme von den Unternehmen besser in Anspruch genommen. Es könne auch eine Aufgabe des Projektes sein, herauszufinden, weshalb die Bremischen Unternehmen diese weniger nutzen würden. Ihre Fraktion werde kritisch begleiten, ob das Ziel erreicht werden könne, oder ob mehr von den Unternehmen gefordert werden müsse, anstatt nur zu fördern.

Herr Imhoff findet das Projekt gut und kündigt die Zustimmung seiner Fraktion an.

Herr Janßen bezweifelt, dass ernsthaft Klima- und Umweltpolitik in einer Partnerschaft mit den Unternehmen vorangebracht werden könne. Wenn man den Themenbereich ernst nehme, müssten rechtliche Grundlagen geschaffen werden, die verhinderten, dass bestimmte Praktiken weiter betrieben werden. Es sei nicht abzusehen, dass sich die angestrebte Minderung der CO₂- Emissionen mit dem guten Willen der Wirtschaft bis 2020 erfolgreich umsetzen lasse. Ein Beitrag dazu könne dieses Projekt aber dennoch sein.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der beabsichtigten Förderung des Projektes „Umwelt Unternehmen“ sowie der Finanzierung nach Maßgabe dieser Vorlage zu.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 6	Verschiedenes	
TOP 6a	Sachstand zu einem Grundstück „Am Rastplatz“	

Frau Kamp berichtet auf Nachfrage von **Herrn Imhoff**, dass es bereits 1992 Dioxinuntersuchungen in der Nachbarschaft des Sportplatzes gegeben habe, die ohne Befund gewesen seien. Anlässlich der Überlegungen einer evtl. Nutzung in 2015/ 2016 wurden Baugrunduntersuchungen und Dioxinuntersuchungen durchgeführt. Der Bericht eines namhaften Gutachters liege vor. Es gebe keine nennenswerten Schadstoffbelastungen. Der Dioxin-Wert, der im Boden gefunden wurde entspreche einem Drittel der Vorgaben für Kinderspielflächen.

Herr Strohmann bittet darum, die Untersuchung dem Beirat zur Verfügung zu stellen.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Sachstand zur Brachfläche nördlich der Ahlringstraße	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Neumeyer am 3.12.2015	Geplant am 11.02.2016
Sachstand zu den Bauleitplanverfahren „Fichtenhof“ und „Bil-lungstraße“	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Neumeyer am 3.12.2015	Geplant am 07.01.2016

Sachstandsbericht zum Planungsstand der Verbindung für Fußgänger/-innen (Brücke) von Habenhausen aus dem VEP	Berichtswunsch von Herrn Pohlmann am 17.12.2015	Geplant am 11.02.2016
---	--	------------------------------

Herr Pohlmann schließt die Sondersitzung der staatlichen und städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll